

Fridays for Future – was kann die Kommune für den Klimaschutz tun?
Runder Tisch zur Entwicklung von Vorschlägen
am 15. Mai 2019

1. Velorouten

Über den Stellenplan hinaus wird eine Stelle für ein halbes Jahr ausgeschrieben, um die für die Beschilderung erforderlichen Ausschreibungen vornehmen zu können. Die Bürgermeisterin wird die halbe Stelle jetzt über das Internet ausschreiben. Ab Sommer 2020 kann die von der Einwohnerversammlung gewünschte und im Stellenplan vorgesehene Stelle für den Radverkehr dann die Umsetzung des Veloroutenprojekts übernehmen.

Anforderungen an Bewerberinnen und Bewerber: Verwaltungsfachangestellte/r, auch RentnerInnen im rechtlich zulässigen Rahmen

2. Fahrradstraßen

In Pinneberg gibt es bisher nur eine Fahrradstraße. Vorschlag: Errichtung von weiteren Fahrradstraßen:

- In der Burmeisterstraße und in der Friedensstraße
- im Quellental
 - Wunsch der Anwohner, dass die Fahrräder die vorrangigen Verkehrsteilnehmer sind und der Radverkehr sicherer gestaltet wird
 - Laut Aussage von Herrn Stieghorst lässt die Straßenverkehrsordnung die Errichtung einer Fahrradstraße in der Osterholder Allee zu.
 - In der Osterholder Allee besteht aufgrund der Enge und der Vorgaben der Straßenverkehrsordnung faktisch ein Überholverbot (Räder müssen einen Meter Abstand zu parkenden Autos halten; ein Auto müsste beim Überholen 1,5 m Abstand zum Fahrrad halten, wofür es zu eng ist)

Bürgermeisterin: „Ich bin für Fahrradstraßen und auch für Fahrradschnellstraßen.“

3. Weitere Vorschläge, um den Fahrradverkehr in Pinneberg zu stärken

Bürgermeisterin: „Das Fahrrad ist für Pinneberg wichtig, darum hat der Fachbereich den Auftrag, soviel wie möglich für Fahrräder einzuplanen. Dieses ist am Bahnhof mit der großen Anzahl an Fahrradständern geschehen.“

Fahrradclub: Erhöhung des Fahrradanteils ist für Pinneberg wichtig: 50% der mit dem Auto zurückgelegten Strecken sind kürzer als 5 km und könnten mit dem Rad zurückgelegt werden.

- Verkehrskonzept für die Osterholder Allee, das den Aspekt „Schulwegsicherheit“ und die Konsequenzen aus dem Neubauprojekt Ilo-Park berücksichtigt
- Sichere Unterstellmöglichkeiten für Fahrräder am Bahnhof errichten (evtl. Wiederbelebung des Reparaturservicebetriebes)
- Informationen zu den vom Kreis für Radwege und Stellplätze bereitgestellten Fördermitteln (1 Mio. €) einholen und prüfen, inwiefern diese genutzt werden können
- Maßnahmen ergreifen, um Fahrradfahren sicherer zu machen:
 - unnötige Verkehre verhindern

- Park and Ride-Parken z.B. in der Osterholder Str. verhindern, z.B. durch Anwohnerparkplätze
- Autoverkehr reduzieren z.B. durch Schaffung bezahlbarer und attraktiver Alternativen für Menschen, die das Rad nicht nutzen möchten/können)
- Parkverbote in Kehren einrichten

4. ÖPNV-Angebot

- Frau Steinberg: andere Konzepte im ÖPNV entwickeln, bessere Taktung der Busse zu Stoßzeiten und neue Buslinie nach Prisdorf mit Anbindung der Gewerbegebiete vorantreiben
- Bus-Shuttle von auswärts liegenden Parkplätzen, um Verkehr aus der Stadt weg zu verlagern
- dem Kreis und dem Land gegenüber vertreten, dass der Ausbau des ÖPNV eine Pflichtaufgabe der Stadt Pinneberg ist und dass Pinneberg dafür Mittel benötigt

In den Fraktionen wird ein Antrag zur besseren Taktung und zum Ausbau der Strecke nach Prisdorf diskutiert. Die Beschlüsse in den Fraktionen werden dem KJB mitgeteilt.

5. Dachbegrünung

- Für die Feststellung, ob ein bereits bestehendes Gebäude sich für eine Dachbegrünung eignet, wird ein Statiker benötigt. Schülerinnen und Schüler unterstützen die Verwaltung bei der Suche nach einer Fachkraft indem sie die Ausschreibungen (auch für die unter Punkt 1 genannte Stelle), die auf der Homepage der Stadt zu finden sind, teilen
- Bei Schulneu- und umbauten und bei allen zukünftigen Bauprojekten (u.a. §34-Projekte: Ersatz von Einfamilienhäusern durch Reihenhäuser) Dachbegrünung einplanen
- Maßnahmen ergreifen, um die Begrünung von Privathäusern zu fördern.
- Dachbegrünung in B-Plänen festlegen
- Dächer, die für eine Begrünung nicht geeignet sind, für Kleinwindanlagen und Solaranlagen nutzen
- Informationen zu Fördermöglichkeiten einholen
- Kontakt zu der Pinneberger Firma aufnehmen, bei der sich die Schülerinnen und Schüler aus dem Schulzentrum Nord bei ihren Klimaschutz-Projekten erkundigt haben (Kontakt Daten: Binné & Sohn GmbH & Co.KG, Dachbaustoffwerk, Mühlenstraße 60, 25421 Pinneberg; Telefonnummer: 0 41 01 / 50 05-0; info (at) binne.de, <https://www.binne.de/>); evtl. kann die Firma eine Vorabeschatzung geben, welche Dächer schon von vornherein nicht für die Begrünung in Frage kommen

6. Weitere Vorschläge zum Klimaschutz in Pinneberg

- Selbstverpflichtung der Verwaltung, dass sie im Entscheidungsfindungsprozess der Politik immer schon eine klimafreundliche Alternative mit vorschlägt

- Verwaltung und Politik vertreten gemeinsam offensiv nach außen, dass ihnen das Thema Klimaschutz für Pinneberg wichtig ist und sie sich dafür einsetzen.
- Verankerung des Klimaschutzes in den strategischen Zielen der Stadt
- Grünflächen in B-Pläne mit aufnehmen (evtl. daraus resultierenden Mietsteigerungen müsste die Stadt ausgleichen)
- Maßnahmen ergreifen, um einer Versiegelung von Vorgärten entgegen zu wirken (Vorgaben in B-Plänen etc.)
- Bereits vom Ausschuss Umwelt, Naturschutz und Kleingärten (UNK) beschlossene Maßnahmen zum Klimaschutz evaluieren, aktualisieren und stärker publik machen.
- Wiedereinführung des Fifty-Fifty-Projekts an Schulen und Kindergärten (auch mit dem Ziel die heranwachsenden Generationen frühzeitig für das Thema zu sensibilisieren)
- Spenden für Stellenausschreibungen, Baumpflanzungen, die Anlage von Blühwiesen etc.
- Insektenkästen/-hotels an Bäumen anbringen.
- Weitere Blühwiesen anlegen
- Schutz des Baumbestandes durch die Verabschiedung einer Baumschutzsatzung oder durch Schutz von Bäumen in den B-Plänen
- Bei Bauprojekten vorrangig prüfen, inwiefern Baumbestand integrierbar ist, Ersatzbepflanzung als Alternative nur, falls dieses nicht realisierbar ist

Die Politik und Verwaltung müssen dafür sorgen, dass wichtige Klimaschutzmaßnahmen ergriffen werden können. Sollten diesen Gesetze bzw. Verordnungen entgegenstehen, muss Politik dafür sorgen, dass diese Vorgaben angepasst werden. Sollten Mittel dafür fehlen, muss Druck aufgebaut werden.